

II - 1783 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 849 /J

A N F R A G E

1987 -10- 01

der Abgeordneten Dr. Khol, Dr. Stummvoll, Dr. Hafner
und Kollegen

an den Bundesminister für Umwelt, Familie und Jugend
betreffend die Vorlage eines Berichtes über eingeleitete Maß-
nahmen und abgeschlossene Vorhaben zur Petition Nr.3 "Geborene
für Ungeborene"

Am 24.10.1984 wurde dem Nationalrat eine Petition übergeben,
die von der Aktion "Geborene für Ungeborene" eingebracht wurde,
unterstützt von 200.000 Unterschriften. Sie lautete:

"Petition

an die Mitglieder des National- und Bundesrates

Betroffen von der Tatsache,

- o daß in unserem Land tausende Kinder vor ihrer Geburt durch
Abtreibung getötet werden,
- o daß dadurch die körperliche und seelische Gesundheit
tausender Frauen gefährdet wird,
- o daß somit Gewaltanwendung gegen Menschen in unserem Land
täglich praktiziert wird,

treten wir an Sie als Mitglieder des Parlaments und damit an
diejenigen, welche große Verantwortung für die Menschen unseres
Landes tragen, heran:

- o Tun Sie alles, was in Ihrer Macht steht, damit jedes in
Österreich empfangene Kind seine Geburt erleben kann.
- o Schaffen Sie Voraussetzungen, daß keine Frau in Österreich
meinen muß, aus Not ihr Kind abtreiben zu müssen.
- o Setzen Sie ein deutliches Signal, daß Abtreibung keine
annehmbare Art der Geburtenregelung ist!

-2-

Insbesondere fordern wir Sie auf, folgende konkrete Schritte zu unternehmen:

Setzen Sie sich für eine gezielte Erziehung der Jugend unseres Landes zum verantwortungsvollen Umgang mit der Sexualität und zur Achtung vor dem Kind im Mutterleib ein. Hierbei soll die Verantwortung des Mannes für das von ihm gezeugte Kind betont werden.

Nützen Sie Ihre Möglichkeiten zur Information der Bevölkerung und weisen Sie auch beständig auf den unantastbaren Wert menschlichen Lebens - auch vor der Geburt - hin.

Errichten Sie einen Hilfsfonds für Schwangere in Not, aus dessen Mitteln Frauen, die durch ein ungeborenes Kind in materielle Bedrängnis geraten sind, unbürokratisch geholfen werden kann.

Verhindern Sie, daß Frauen, die durch ein ungeborenes Kind in eine persönliche Konfliktsituation gekommen sind, von Personen ihrer Umgebung zur Abtreibung gedrängt und erpreßt werden können.

Verhindern Sie, daß für die Tötung von Kindern im Mutterleib Werbung betrieben wird.

Fördern Sie alle Initiativen, besonders auch private, die ein kinderfreundliches Klima in unserem Land schaffen können.

Suchen Sie nach neuen Wegen, wie in der Sozialgesetzgebung und im Steuerrecht, damit jene, die ein Kind erziehen, nicht diskriminiert werden. Setzen Sie ein Signal, daß sie die soziale, kulturelle und menschliche Leistung der Frauen und Männer anerkennen, die in besonderer Weise Energie, Zeit und Geld für die kommende Generation aufbringen.

-3-

In einer EntschlieÙung des Nationalrates vom 3.5.1985 wird der Bundesminister für Umwelt, Familie und Jugend aufgefordert:

Der Bundesminister für Umwelt, Familie und Jugend wird ersucht, die Aufklärung und Information über Fragen der Empfängnisverhütung, der Partnerschaft und Familienaufgaben unter Einbeziehung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung und anderen außerschulischen Einrichtungen sowie von Jugendorganisationen und Medien zu verstärken, wie auch Initiativen zur Entwicklung von Ausbildungsprogrammen zu setzen, die zu einer effizienteren Beratung durch Ärzte, Familien- und Partnerberatungsstellen in Bezug auf Empfängnisverhütung, Partnerkonflikte, Sexualprobleme sowie Schwierigkeiten, die sich aus den Familienaufgaben und -beziehungen ergeben, beitragen.

Weiters wird der Bundesminister für Umwelt, Familie und Jugend ersucht, jene Möglichkeiten zu prüfen, durch welche einer Geschäftemacherei bei der Vermittlung von Einrichtungen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen, Einhalt geboten wird.

Um festzustellen, ob und in welchem Umfang die in der EntschlieÙung des Nationalrates vom 3.5.1985 zur Petition Nr.3 "Geborene für Ungeborene" vom Nationalrat vorgeschlagenen Maßnahmen seitens der Bundesregierung und der Bundesminister auch tatsächlich ausgelöst wurden bzw. bereits eingeleitete Maßnahmen zum Abschluß gebracht werden konnten, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Umwelt, Familie und Jugend folgende

Anfrage:

1. Welche vom Nationalrat vorgeschlagenen Maßnahmen wurden in Ihrem Ressort eingeleitet?

-4-

2. Welche Vorhaben konnten bereits zum Abschluß gebracht werden?
3. Gegebenenfalls: warum wurden in Ihrem Ressort keine Maßnahmen eingeleitet bzw. eingeleitete Vorhaben nicht zum Abschluß gebracht?
4. Wann gedenken Sie, die Maßnahmen einzuleiten bzw. welche Vorhaben zum Abschluß zu bringen?